

1 200 BaFin-Mitarbeitern droht ein Umzug

In Berlin gibt es Pläne, die Bundesanstalt nach Frankfurt/Main zu verlegen - Eisel und Kelber finden das völlig unnötig

Von Bernd Leyendecker



Bonn. In der Graurheindorfer Straße 108 geht die Angst um. Dort haben gut 1 200 Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ihren Arbeitsplatz - und der droht, nach Frankfurt/Main verlagert zu werden.

Denn die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD plädieren für eine Neuordnung der Bankenaufsicht - quasi Bundesbank und BaFin unter einem Dach. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bestätigte am Montag dem GA, seine Fraktion strebe ein engeres Miteinander der beiden Institutionen an.

"Auf mein Drängen hin ist in unserem Papier die Standortfrage offen geblieben", sagte er. Sein SPD-Amtskollege Ulrich Kelber dementierte derweil einen Bericht der Financial Times Deutschland, wonach auf Vorschlag von Finanzminister Steinbrück (SPD) die "institutionelle und örtliche Verzahnung" von BaFin und Bundesbank in Frankfurt stattfinden sollte.

"Peer Steinbrück hat mir mehrfach versichert, dass es dazu keinerlei Festlegungen gäbe und schon gar keine Beschlüsse der Bundesregierung", sagte Kelber dem GA. So ganz abwegig scheinen die Vermutungen über einen Umzug indes nicht zu sein. Zwar sagt der SPD-Politiker, die Steinbrück-Aussage heiße "keineswegs, dass die gesamte BaFin nach Frankfurt verlegt werden soll, sondern betrifft zunächst nur die heute schon in Frankfurt arbeitenden Abteilungen der BaFin".

Neben Bonn ist die Bundesanstalt noch in Frankfurt vertreten, mit knapp 500 Mitarbeitern. In einer gemeinsamen Erklärung kritisieren die beiden Abgeordneten die Umzugsforderungen: "Hier werden völlig unnötig Unruhe und Unsicherheit bei den Mitarbeitern und ihren Familien geschürt, ohne dass es dafür sinnvolle Argumente gibt."

Sie beklagen, dass die wachsende Verunsicherung bei den Beschäftigten dazu führe, dass der BaFin weitere Fachleute und deren Fachwissen verloren gehen könnte, die einen neuerlichen Umzug der Behörde nicht mitmachen wollen.


Kelber und Eisel: "Es ist schon befremdlich, wenn kaum zehn Jahre nach dem Umzug der alten Bankenaufsicht von Berlin nach Bonn schon wieder über einen Umzug der Behörde gesprochen wird.

Wer mitten in der Finanzkrise eine der wichtigsten Aufsichtsbehörden über Monate lahmlegen will und den Verlust von Fachwissen riskiert, beweist wenig Verantwortungsbewusstsein."

BaFin-Sprecherin Sabine Reimer wollte sich offiziell zu der Frage nicht äußern. "Das ist eine politische Entscheidung", sagte sie dem GA.

Allerdings räumte sie ein, dass es im Haus "Unmut und Aufregung" gebe. Da wurden die Mitarbeiter aber schon deutlicher. Von "Sauerei" über "an uns denkt mal wieder keiner" bis "wer soll den Quatsch eigentlich bezahlen?" lauteten deren Reaktionen.

In Kürze will sich die "Bonner Runde", der die Bundestagsabgeordneten aus der Region Köln/Bonn/Rhein-Sieg/Ahr angehören, mit dem Thema befassen.

 Lesen Sie dazu auch den Kommentar "[Nicht schon wieder...](#)"

Artikel vom 17.03.2009

Artikel bookmarken bei... 